

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen 12 Mf. 45 Pf., in Altensteig 12 Mf. 31 Pf. 40 Pf. Anzeigenpreis: Die Spaltzeile oder deren Raum 50 Pf., die Reklamenseite 1 Mf. 50 Pf. Mindesterscheinung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 28.

Altensteig, Freitag den 4. Februar.

Jahrgang 1921.

## Pläne des amerikanischen Kapitals.

Die wirtschaftliche Uebermacht, die die Vereinigten Staaten durch die rücksichtslose Ausnutzung des Krieges gewonnen haben, macht sich heute in der Weltwirtschaft auf Schritt und Tritt geltend. Sie haben während der letzten sechs Jahre einen Ausfuhrüberschuss von rund 70 Milliarden Goldmark geholt. In derselben Zeit ist die Handelsbilanz der führenden Wirtschaftsvölker Europas empfindlich passiv gewesen. England hat in diesen Jahren eine Mehreinfuhr gegenüber der Ausfuhr von mindestens 40 Milliarden Goldmark zu verzeichnen, so daß der Verzehr, den die nordamerikanische Union gegenüber Großbritannien gewonnen hat, sich auf über 100 Milliarden Goldmark beläuft.

Was werden die Vereinigten Staaten mit diesem Ueberreichtum beginnen? Zunächst ist es gleichgültig, ob Nordamerika den im Krieg gewonnenen Reichtum sich in Gold hat anzuhäufen lassen, was natürlich bei der Höhe der Gesamtsumme nur in geringem Maß möglich war — oder ob es sich dafür Schuldsummen hat ausstellen lassen, was in beträchtlichem Maß geschehen ist —, oder ob es seine alten Schulden zurückgezahlt hat, die es in den europäischen Ländern ausstehen hatte und die sich auf 12—15 Milliarden Goldmark belaufen. Weit bedeutender sind die Schuldsummen, die die Vereinigten Staaten jetzt als Gläubiger in Europa stehen haben. Mitte August wurden sie von amtlicher amerikanischer Seite auf 9,7 Milliarden Dollars, das heißt rund 40 Milliarden Goldmark geschätzt. Selbst die Zinsen dieser Schuldsummen aufzubringen, ist den verschuldeten europäischen Ländern nicht ganz leicht. Sie sind zu behändigen Tributzahlungen an Nordamerika verpflichtet.

Allein daran wollen sich die Vereinigten Staaten nicht genügen lassen. Große Organisationen sind während der Kriegsjahre entstanden, um die wirtschaftliche Vorherrschaft zu sichern. Die amerikanischen Auslandsbanken und Auslandsgeellschaften aller Art nehmen geradezu Monopolstellung an. Einer der Männer, die an der Spitze solcher Geldgesellschaften stehen, ist Frank A. Vanderlip. Er hat Mitte November, wie gemeldet wurde, einen Vertrag mit der Sowjetregierung geschlossen, wodurch die letztere der Vanderlip-Gesellschaft ein russisches Gebiet von 400.000 Quadratmeilen auf 60 Jahre verpachtet. Es ist reich an Ölen, Kohlen und Erzen. Damit nicht genug: die Gesellschaft hat der Sowjetregierung Waren im Wert von 1 Milliarde Dollar angeliefert, die 1921 im Tauschhandel zu liefern sind; russischerseits ist dafür Bezahlung in Gold, Platin, Zellen, Öl, Mangan, Kupfer, Bauholz, Zellulose, Häuten, Getreide und anderen Roherzeugnissen zugelegt. Die Vanderlip-Gesellschaft verpflichtet sich, der russischen Regierung nicht weniger als 5000 Dampflokomotiven zu liefern, 50.000 Eisenbahngüterwagen, 2500 Eisenbahn-Verlängerungen, 5000 Straßenbahnwagen, 2000 Flugdampfer, Motorboote usw., 1000 Flugzeuge, 100 Ozeandampfer, 500 elektrische Lokomotiven, 25 Millionen Paar Fußbekleidung, 15 Millionen Puh Kohlen, 8 Millionen Puh Gerbstoffe, 50.000 elektrische Maschinen, 7 Millionen Stück verschiedene Werkzeuge usw.

Die weit sich dieser Lieferungsvertrag tatsächlich durchführen läßt, steht dahin. Für uns Deutsche aber ist der Vertrag insofern lehrreich, als er zeigt, daß das amerikanische Großkapital in der ganzen Welt mit riesigen Plänen umgeht. Die Amerikaner rechnen mit gewaltigen Aufträgen für die amerikanische Volkswirtschaft. Alle Fabriken von Kalifornien bis nach Maine, von Washington bis Florida, sollen voll beschäftigt werden. Selbst wenn an dem Vertrag mit Rußland erhebliche Abstriche erfolgen sollten, ist doch das Hauptziel erreicht: daß das amerikanische Kapital auf russischem Gebiet Fuß fassen und dort erhebliche Rechte an sich bringen kann.

Gleiches würde die Vanderlip-Gesellschaft auch in Deutschland tun. Vanderlip veröffentlichte 1903 als Vizepräsident der National City Bank in New York eine Schrift über das Vordringen des amerikanischen Handels in Europa. Von Deutschland sagte er, es sei eigentlich ein armes Land. Seine Kohlengruben seien zum Teil 3000 Fuß tief. Sein Ertrag an Eisenerzen müsse durch die reicheren Gruben Spaniens und Schwedens ergänzt werden. Bei seinem starken Bevölkerungszuwachs sei Deutschland gezwungen, die Einfuhr an Rohstoffen ständig zu erhöhen. Auch Kohlsäure

und Baumwolle müssen eingeführt werden; ja, es sei eine Tatsache, daß Deutschland, was Rohstoffe anbetriffe, vollkommen von anderen Staaten abhängig. Wenn vier Erdteile im Meer versinken sollten, würden die Vereinigten Staaten lebensfähig bleiben. Aber gesetzt den Fall, Deutschland müßte seinen überseeischen Handel aufgeben — es wäre unweigerlich verloren!

Dieser selbe Mann empfiehlt nun vor wenigen Monaten einen Plan, das europäische Wirtschaftsleben von amerikanischer Seite zu „organisieren“. Leiden doch die Vereinigten Staaten an einem Geldüberfluß, der kaum ärger gedacht werden kann. Die Bankgewinne sind mit Gold gefüllt bis zum Ueberfließen, und wenn die Ausfuhr, die für das amerikanische Wirtschaftsleben von entscheidender Bedeutung ist, nicht in gefährliches Stoden geraten soll, muß eine Möglichkeit für die übrigen Länder geschaffen werden, von Amerika zu kaufen, dessen unerreichbar gewordenen Preise den Handelsverkehr von Monat zu Monat mehr bedrohen.

Mit klarem Blick erkannte Vanderlip, daß die Staaten Europas, die von dem Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden, nur dann wieder zu wirtschaftlicher Gesundheit gelangen können, wenn Europa als Ganzes wieder in die Höhe kommt. So schlug er eine Gemeinschaftsanleihe der europäischen Staaten in Nordamerika vor, die jedoch nicht für die Staatsfinanzen, sondern nur zum Ankauf notwendiger Waren Verwendung finden soll. Für die Anleihe müßten von der Gemeinschaft der Länder, denen sie zustehen soll, Schuldsummen ausgesetzt werden, die zwar niedrig verzinst, aber in 15 Jahren heimbezahlt werden sollen. Um den amerikanischen Geldgeber sicherzustellen, sollten die Anleihe erhaltenden Staaten ihre Pölle verpfänden.

Es heißt also: auf der Hut sein! Wenn das nächste Angebot der Amerikaner an uns herantritt, müssen wir uns darüber klar sein, wie weit wir diesen Vorschlägen Gehör schenken wollen. Ohne amerikanische Kredit-Anleihe scheint ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands immer aussichtsloser zu werden — mit ihr geraten wir in Gefahr, ungünstige Bedingungen unterzeichnen zu müssen.

## Zu dem Pariser Abkommen.

Berlin, 3. Febr. Die Reichsregierung hat die Pariser Beschlüsse der Entwaffnung angenommen. Mit der Entwaffnung der oberschlesischen Festungen wird sofort begonnen. Mit Bayern werden Verhandlungen eingeleitet.

Wiesbaden, 3. Febr. Der Deutsche Verbraucherverband richtete gemeinsam mit dem Mieterklubverband der Länder am Rhein an die Reichsregierung und an den Reichstag eine Kundgebung mit der Aufforderung, eine Volksbefragung zu veranlassen, die ergeben würde, daß 90 Proz. des deutschen Volks als minderbemittelte Verbraucher in Frage kommen, die nicht imstande seien, die angeheuren Lagen auf sich zu nehmen, wie sie der Entschädigungsplan fordert.

## Der Bericht der Sachverständigen.

Paris, 3. Febr. Havas verbreitet einen angeblichen Auszug aus dem Bericht der Verbands-Sachverständigen der Brüsseler Konferenz vom 11. November v. J. Es wird darin behauptet, die in dem deutschen Reichshaushaltplan für 1920 eingelegten Zahlen könnten nur mit Vorbehalt angenommen werden. (1) Es sei zu beachten, daß der Reichsfinanzminister Birch in Reichstag am 27. Oktober gesagt habe, die Aufstellung der Kosten der Ausführung des Friedensvertrags (Besetzung usw.) sei das beste deutsche Agitationsmittel, das in der ganzen Welt verbreitet werden müsse. Die Alkoholfesteuerung sei (nach dem Bericht) in Deutschland viel zu niedrig, ebenso die Steuern auf Tabak, Kaffee und Tee. Die Zundersteuer betrage nur den 250. Teil der Steuereinnahmen, in Italien dagegen den 25. Teil. Eine Erhöhung der Zundersteuer um 10 Prozent würde einen erheblichen Mehretrag ergeben, auch die Zollgebühren könnten erhöht werden. Wenn alle nicht durchaus nötigen Ausgaben vermieden würden, so könnte das Gleichgewicht im deutschen Reichshaushalt in Wälde hergestellt und die Fähigkeit für die Vertragseinstellungen ohne Vermehrung des Papiergelds erzielt werden. (Die Pariser Finanzminister suchen durch solche Veröffentlichungen in den Augen ihres Publikums die althergebrachten Forderungen von Paris hinterher als möglich und berechtigt darzutun.)

Paris, 3. Febr. Eine Havasnote erklärt, die deutschen Vertreter werden zu der Konferenz nach London geladen, nicht damit mit ihnen nochmals verhandelt werde, sondern damit sie von dem Pariser Abkommen, besonders von den „Sanktionen“ (Strafbestimmungen) Kenntnis nehmen.

Im „Petit Parisien“ wird gesagt, Reichsminister Dr. Simons habe nicht erklärt, daß Deutschland nicht nach London zur Konferenz gehen werde. Die Reichsregierung habe also noch keine unwiderrückliche Entscheidung getroffen. Wenn man „Kaltblütigkeit“ bewahre, sei es nicht unmöglich, Deutschland durch Zwang oder Ueberredung dahin zu bringen, daß es die Forderungen annähme.

Der „Figaro“ schreibt, die Reichstagsfraktion am Dienstag beweise, wie eitel die Hoffnung war, Deutschland werde endlich „Reur“ zeigen. — Im „Matin“ wird gesagt (Poincaré?), keiner der Verbandsmächte werde sich durch Deutschlands Widerspruch irre machen lassen.

London, 3. Febr. Es verlautet, die Londoner Konferenz solle auf einige Tage nach dem 28. Februar verschoben werden. Die Rede des Reichsministers Simons im Reichstag wird, wie der „D. Allg. Ztg.“ gemeldet wird, so angesehen, als ob Simons eine Theatervorstellung beabsichtigt habe. Es wird als sicher angenommen, daß die deutschen Minister nach London kommen; an der Entschädigungssumme soll nicht mehr geändert werden, die Deutschen werden nur über die Zahlungsweise zu sprechen Gelegenheit haben.

„Daily Chronicle“, Lloyd Georges Blatt, nennt die Haltung des Deutschen Reichstags „unverschämte“. Wenn die Deutschen eine neue Erklärung der Hauptfragen wünschten, so werden nur neue Unannehmlichkeiten für sie die Folge sein.

Washington, 3. Febr. Der größte Teil der amerikanischen Blätter tadelt das Pariser Abkommen. Amerika habe das größte Interesse daran, daß Europa wieder taufkräftig werde, aber das werde durch die übermäßigen Forderungen unmöglich gemacht.

Berlin, 3. Febr. Die Denkschrift über die Koblenzfrage ist der Wiederherstellungskommission in Paris übergeben worden.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat heute vormittag zu einer längeren streng vertraulichen Besprechung zusammen, an der der Außenminister Dr. Simons teilnahm.

Staatssekretär Bergmann ist heute in Berlin eingetroffen und sofort in das Reichsfinanzministerium gefahren, um über die Lage in Paris Bericht zu erstatten.

Die Pariser Zeitungen erblicken in der Abreise des Führers der deutschen Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretär Bergmann, die Bestätigung dafür, daß die Konferenz verschoben werden soll.

## Das „diplomatische Zusatzinstrument“.

Paris, 3. Febr. Laut „Petit Parisien“ scheint man anzunehmen, daß das Abkommen über die Entschädigung nach seinem Abschluß als diplomatisches Zusatzinstrument des Friedensvertrags in Versailles angesehen werden wird, jedoch die Ratifikation durch das Parlament erfolgen müsse. (Das heißt nichts anderes, als daß der unterzeichnete und ratifizierte Friedensvertrag nachträglich korrigiert werden soll.)

London, 3. Febr. Die Blätter betonen, die Rede Simons sei in Deutschland allgemein gebilligt worden. Die „Times“ droht, die „Sanktionen“ (Strafen) kommen, ob Deutschland in der Entwaffnung oder in der Kriegsentwaffnung die vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfülle. Die Verbände seien entschlossen, sich von Simons und seinen Anhängern nichts vormachen zu lassen.

## Der franz. Senat für sofortige militär. Aktionen.

Genf, 3. Febr. Anschließend an die Weigerung Deutschlands, die Wiederherstellungsfrage zu diskutieren, soll die Majorität des französischen Senats gestern formell sofortige Maßnahmen militärischer Aktionen verlangt haben, die mit der Beschloßnahme der deutschen Botschafter am Rhein beginnen und später auf das Ruhrgebiet ausgedehnt werden sollen. Man glaubt, daß diese Handlung das Vorzeichen kriegerischer französischer Schritte sei. Eine Zustimmung Großbritanniens dürfte aber noch nicht vorliegen. (Eine Bestätigung dieser Meldung durch die Havas-Agentur steht noch aus.)

## Neues vom Tage.

### Der Reichszuschuß zu den Besoldungserhöhungen.

Berlin, 3. Febr. Der Reichsrat hat in den Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung 59 Millionen Mark als Reichszuschuß an die Bundesstaaten zu den Erhöhungen der Beamtenbesoldungen und 100 Millionen als Zuschuß für die Gemeinden zu dem gleichen Zweck eingestellt. Die Reichsregierung hat bis jetzt ihre Zustimmung noch nicht gegeben.

### Die Kriegsbekundigten.

Leipzig, 3. Febr. Das Reichsgericht hat bezüglich der ersten seit vom Verband namhaft gemachten Kriegsbekundigten das Vorverfahren abgeschlossen. In vier Fällen ist es zur Erhebung der Anklage gekommen. Die Verhandlungen sollen im März beginnen.

### Studentenwahlen in Berlin.

Berlin, 3. Febr. Bei den Wahlen zur Studentenvertretung der Berliner Universität hat die deutsch-völkische Mehrheit einen Zuwachs auf 66 statt der bisherigen 62 Sitze zu verzeichnen und damit die Zweidrittelmehrheit erreicht.

### Das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten.

Newyork, 3. Febr. Der Repräsentant Caldwell hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem alles feindliche Eigentum ohne Abzug sofort den Eigentümern zurückgegeben werden soll. Er gab folgende ihm vom Verwalter des feindlichen Eigentums übermittelte Aufstellung über das beschlagnahmte Eigentum. Vor 176 163 000 Dollar, Aktien 94 436 000 Dollar, Bonds 56 725 000 Dollars, Hypotheken 8 606 000 Dollars, Wechsel 1 785 000 Dollars, Buchschulden 20 137 000 Dollars, Grundbesitz 8 023 000 Dollars, Gewerbe 57 938 000 Dollars, zusammen (nach dem Wert zur Zeit der Beschlagnahme) 418 824 000 Dollars.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Zweibrücken, 3. Febr. Wegen öffentlicher Aufregung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde der Landesvorstand der freien Bauernschaft, Hamm, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis Zweibrücken eingeliefert. Der Milchstreik in der Westpfalz dauert in großem Umfang an. Von den streikenden Bauern werden auf der Landstraße Milchsammler angehalten und die Milchkannen in Straßenrinnen entleert. Der Sekretär der freien Bauernschaft, Abteilung Rodenhäuser, Haas, hat das Milchfahrzeug, das die der Stadt Frankenthal gehörende Milch nach dort bringen sollte, angehalten, die Kannen vom Wagen heruntergeworfen und 300 Liter Milch auf die Straße geschüttet. Er wurde sofort verhaftet.

### Kämpfe in Marokko.

Paris, 3. Febr. Havas meldet aus Fez, das französische Lager von Beni Mellal sei von Kabylen angegriffen worden. Die Franzosen erlitten den üblichen Sieg.

Die französische Regierung hat 5 Kommunisten ausgewiesen, die über Deutschland nach Rußland zurückgeschickt wurden.

### Amerika rüstet weiter.

Washington, 3. Febr. Vor dem Marineauschuß des Abgeordnetenhauses erklärte General Pershing, die Vereinigten Staaten sollten mit ihrem augenblicklichen Flotten- und Heeresprogramm fortfahren, bis ein endgültiges Abkommen in der Abrüstungsfrage mindestens zwischen den fünf großen Weltmächten zustande gekommen sei.

### Die Türken.

London, 3. Febr. Mustafa Kemal Pascha telegraphierte an die Verbündeten, nur die Nationalversammlung in Angora habe die Befugnis, das türkische Volk zu vertreten. Die (von dem Verband eingesezte) Regierung in Konstantinopel sei nichts weiter als ein schlechter Scherz. Seine Regierung werde nur unter den bereits bekannten Bedingungen an der Konferenz in London teilnehmen. — Reuter bemerkt dazu, Zazet Pascha werde dennoch nach London kommen. Kemal verfügt über höchstens 50 000 Mann Truppen.

### Zerstörungswut der Bolschewisten.

London, 3. Febr. Reuter meldet aus Bombay, die Bolschewisten haben alle Heiligthümer in Bucharra (Gowd, Turkestan) dem Erdboden gleichgemacht, die Beamten und Bürger ermordet oder vertrieben. (Bucharra ist weit überwiegend mohammedanisch.)

„Daily Express“ meldet aus Jerusalem, die Großfürstin Elisabeth, die Witwe des von den Revolutionären 1905 ermordeten Großfürsten Sergius, sei in der russischen Maria Magdalena-Kirche in Gethsemane beigesetzt worden. Die Großfürstin, eine Prinzessin von Hessen, geb. 1864, war in Perm von den Bolschewisten ermordet worden.

### Die „Heuter“.

Sevilla, 3. Febr. Mehrere Syndikalisten werden verhaftet, unter ihnen 25 Personen, die zur Bande der sogenannten Heuter gehörten. Diese Bande bestimmte durch Los die Mitglieder, die Mordanschläge begehen sollten, wofür sie einen Tagelohn von 20 Pezetos erhielten.

London, 3. Febr. Der amerikanische Botschafter Davis wird demnächst seinen Posten in London verlassen. Als sein Nachfolger wird Henrick genannt, der während des ersten Teils des Kriegs die Vereinigten Staaten in Paris vertrat.

Newyork, 3. Febr. Die Standard Oil Co. beschloß, ihren Anwesenheiten die Gehälter um 10 Proz. zu kürzen.

## Die Verhandlungen im Osten.

Nowo, 3. Febr. Die litauische Regierung will die Volksabstimmung unter folgenden Bedingungen unterstützen: 1. Entzerrung Seligowitsch und der polnischen Truppen aus dem Abstimmungsgebiet. 2. Eine neue Befugnis in der Abstimmungszone durch unparteiische nicht interessierte Staaten. 3. Bürgerschaften von Seiten Polens, daß das Abenteuer Seligowitsch nach der Volksabstimmung sich nicht wiederholt. 4. Litauen muß vor der Abstimmung mit Polen gleichgestellt werden.

Aus Riga wird gemeldet, die polnisch-russischen Friedensverhandlungen seien wieder aufgenommen worden. Polen habe seine Goldforderung auf die Hälfte herabgesetzt.

Prag, 3. Febr. Aus Anlaß der bevorstehenden Volksabstimmung entsandten die tschechisch-sozialistischen Parteien eine Agitation für den Massenaustritt aus der katholischen Kirche. In Pilsen sollen 7000 Personen sich zum Austritt gemeldet haben.

Paris, 3. Febr. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel der französische Admiral Dumesnil habe die Regierung Kemal Paschas zur sofortigen Freilassung der französischen Gefangenen in Jangudak aufgefordert, widrigenfalls die Stadt beschossen werde.

Nachrichten aus Washington zufolge soll Harding beabsichtigen, jährlich 130 000 Freiwillige zur militärischen Ausbildung aufzurufen.

## Reichstag.

Berlin, 3. Febr.

Hans und Trübner sind schwach befeht. Der Entwurf über die Bemessung des Reichsbeitrags für die Kosten des Stimmzettels wird nach der Vorlage angenommen. (15 Minuten für den Stimmzettel.)

Es folgt die 1. Beratung des Wehrgesetzentwurfs. (100 000 Mann-Heer.)

Abg. Schöpslin (S.): Im Ausschuß müßte eine kritische Prüfung vorgenommen werden. Soll den Soldaten auch das passive Wahlrecht entzogen werden? Der Offizier dürfe in der Republik nicht anders behandelt werden, als jeder Volksgenosse. Die Hauptsache sei, daß sich die Reichswehr zum republikanischen Gedanken bekenne und die Verfassung schütze.

Reichswehrminister Seiler: Bei der jetzigen Vorlage sind wir gebunden an den Versailleser Vertrag und an die Weimarer Verhandlungen mit den Verbänden über die Landmannschaften. Diese Verhandlungen seien aber darunter, daß bei ihrer Vereinbarung der Friedensvertrag noch nicht bekannt war. In dem Entwurf sind allen Soldaten die mit ihrem Beruf in vereinbarten Rechte eingeräumt. Das Bindewesen ist mit der Disziplin nicht vereinbar. (Widerstand bei den Sozial.) Das passive Wahlrecht ist Angehörigen der Wehrmacht keineswegs genommen. Im übrigen sind unter Soldaten auch die Offiziere verstanden. Die Offiziersfrage wird nicht dadurch gelöst, daß einfach alle Unteroffiziere zu Leutenants gemacht werden. Nur derjenige kann Offizier werden, der 2 Jahre mit den Mannschaften in Reich und Feld gekämpft hat. Die Reichswehr darf keine Parteiliche sein, damit wir zu einem wahren Volksherrn kommen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Künster (USP) und Köhnen (Komm.), der Banern einen Schilling im deutschen Volksheer nennt und deshalb vom Präsidenten gerügt wird, geht die Vorlage an einen Ausschuß von 24 Mitgliedern. Die Novelle zum Wehrstrafgesetzbuch wird in allen 3 Lesungen angenommen.

## Landtag.

Stuttgart, 2. Febr.

Nach der Ansprache des Präsidenten kamen Anfragen zur Beantwortung.

Auf die Anfrage des Abg. Völkner (D.Bp.) über die Verhütung des Oberlehrers Jung in Wildbad erklärte

Zustandminister Völk: Ein selbständiges Vorgehen der württembergischen Behörden und ein unangebrachtes Entgegenkommen gegenüber etwaigen dem französischen Nachbedarf entspringenden Anfragen dieser Art sei ausgeschlossen, ebenso die Auslieferung Deutscher. Dagegen könne die Auslieferung eines Ausländers, also auch eines Offiziers wie Jung nicht verweigert werden, falls die sonstigen Voraussetzungen für eine Auslieferung vorliegen.

Abg. Dingler (D.Bp.) begründete eine große Anfrage über die Erpedition der Volkshilfe in feindliche Landgemeinden und verlangte Einstellung der Hausdurchsuchungen, freien Hof und freie Wähe.

Minister Dr. Schall: Die tatsächlichen Ausschreitungen seien unbedeutend gewesen. An ein Aufheben der Regierungsmassnahmen sei nicht zu denken.

Eine weitere große Anfrage des Bauernbunds über die Haftentlassungspflicht beendete Abg. Bismarck-Prinz. Minister Dr. Schall teilte mit, daß das Haftentlassungsgesetz für Württemberg von 445 000 auf 288 000 Doppelkettner herabgesetzt werden sei, daß Schadenersatzforderungen ganz weggelassen wurden und daß die Haftentlassung im Interesse der Volksernährung aufrecht erhalten werden müsse.

Die große Anfrage der Unabhängigen und Kommunisten über die Wehrmannschaft soll nach Erklärungen des Ministers im Zusammenhang mit dem Etat behandelt werden.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Punkte kam es zum Schluß der Sitzung nach zu lärmlichen Protesten der Kommunisten, die aufs neue den Antrag auf Erteilung des Wortes zur Geschäftsordnung gestellt hatten, was aber die Mehrheit des Hauses ablehnte. Die Kommunisten drohten: „Sie reden morgen kein Wort“ und schleuderten schwere Beleidigungen gegen das Haus; unterdessen (wie der Präsident die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr fest mit der Tagesordnung Staatsberatungen.

Stuttgart, 3. Febr.

Der Landtag trat heute in die Beratung des Staatshaushaltsplans für das Jahr 1920 ein. Beim ersten Kapitel (Landtag) meinte der Kommunist Abg. Schneck, es wäre besser, der Landtag würde die Bände schließen und nach Hause gehen. Das Kapitel wurde gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Bei Kap. 2 (Staatsministerium), über das Abg. Hegler (USP) berichtete, drehte sich der Streit um die Presseabteilung des Staatsministeriums, gegen die von den Abg. Dr. Wolff (D.Bp.), Völkner (D.Bp.) und Schneck (Komm.) Stellung genommen wurde. Die Regierungsparteien und der Staatspräsident setzten sich für diese Einrichtung ein. Die Unabhängigen verlangten Streichung der Gesundheitsämter in Berlin und München, der Bauernbund beantragte, von der Einführung des 8. Schuljahres bis auf weiteres abzusehen. Die Abg. Bräns (S.), Ulrich (S.) und Scheff (D.Bp.) vertraten die Ausschüßsanträge.

Der Staatspräsident lehnte gleichfalls die Sonderanträge ab. Er teilte mit, daß die württ. Regierung beim Reichsverkehrsministerium für 1921 den Bau folgender Nebenbahnen bean-

tragt habe: Schwemlingen-Tübingen, Tübingen-Kirchheim, Amsfurt, Aalen-Abtsgmünd, Gerstetten-Verbrechlingen. In nächster Zeit werde dem Landtag ein Gesetzentwurf über die Zuständigkeit der Ministerien und einer über den Entwurf eines württembergischen Wappens zugehen.

Bei der Abstimmung wurde die Presseabteilung des Staatsministeriums gegen die Stimmen der Bürgerpartei, Deutschen Volkspartei, Unabhängigen Sozialpartei und Kommunisten genehmigt. Ueber das 8. Schuljahr wurde namentlich abgestimmt und der Antrag des Bauernbunds mit 20 Ja (Str. und D.Bp.) gegen 37 Nein (Linksradikale, Sozial., D.Bp., D.Bp.) und 5 Enthaltungen (D.Bp.) abgelehnt. Kap. 3 (Verwaltungsgerichtshof) fand ohne Aussprache nach den Ausschüßsanträgen Annahme. Ebenso Kap. 4 (Beiräte der Ministerien, d. h. Fachbeiräte aus den Berufsständen zu den Ministerien). — Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 4. Februar 1921.

P. B. Sitzung des Gemeinderats vom 2. Febr. Anwesend: Der Vorsitzende, sowie die Mitglieder des Gemeinderats vollständig. In der Frage der Errichtung von Autolinien berichtet der Vorst. über den Stand dieser Angelegenheit und bringt ein Schreiben der württ. Oberpostdirektion zur Kenntnis, nach welchem die Postverwaltung auch in Erwägung zieht, auf der Strecke Altensteig-Dornstetten evtl. Freudenstadt eine Autolinie einzuführen. Wie der hiesige Verkehrsanschluß, so steht auch der Gemeinde Rat einmütig auf dem Standpunkt, daß bei Ausführung der Kraftwagenlinie der württ. Kraftverkehrs-Gesellschaft entschieden der Vorzug zu geben ist. Der Gemeinderat wird in diesem seinem Beschlusse noch dadurch bekräftigt, daß von einigen Amtskörperschaften des Landes, in welchen diese Gesellschaft bereits Autolinien eingerichtet hat, sehr günstige Zeugnisse über deren Betriebsführung vorliegen. — Vom hiesigen Ortschulrat wird bei dem Gemeinderat der Antrag auf Aufhebung der Töchtermittelschule und Errichtung einer weiteren hängigen Lehrstelle an der hiesigen Volksschule gestellt. Volksschullehrer Jetter begründet perisodisch diesen Antrag und führt aus, daß durch das neue Schulgesetz an der Töchtermittelschule der 8jährige Schulbesuch zur Pflicht gemacht wurde, wodurch die Schülerzahl erheblich zurückgegangen ist und noch weiter zurückgehen wird. Ein Weiterbestehen dieser Schule lasse sich daher nicht mehr rechtfertigen. Die auscheidenden Schülerinnen sollen auch in der Volksschule weiter fremdsprachigen Unterricht erhalten, ebenso soll im Lehrplan der betr. Volksschule auf den bisher an der Mädchenmittelschule genossenen Unterricht der Schülerinnen Rücksicht genommen werden. Die Anträge des Ortschulrats finden Genehmigung. — Maurermeister, Metzler und Gipsermeister Stöck hier bitten um Erhöhung des städt. Baukostenzuschusses zu ihren Neubauten. Nach längerer Beratung wird beschlossen, den Baukostenzuschuß an Stelle des von der Stadt zugesicherten billigeren Bauholzes einen entsprechend erhöhten Baukostenzuschuß in bar zu gewähren. — Rinderkranz Metzler bittet um Gehaltsenerhöhung, diesem Gehalt wird durch Gewährung einer 50-prozentigen Gehaltszulage entsprochen. — Leichenfrau Koch hat ihren Dienst als Leichenbesorgerin auf 1. April gekündigt; Beschluß zur Wiederbeschaffung ein Ausschreibung zu lassen. — W. Schürle z. Dreißig bittet um Anschluß seines Neubaus an das städt. Stromnetz was genehmigt wird. — Von Professor Schuster, dem Planverfertiger des Kriegdenkmals, ist ein kleines Modell desselben eingetroffen und in der Sitzung aufgestellt. Dasselbe wird in seiner Gesamtausführung und Wirkung im Allgemeinen günstig beurteilt, die eigentlichen Denkmalspläne sollen erst noch zur Ausarbeitung kommen.

Die Ferien für die höheren Schulen. Durch eine Verfügung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen wird der Beginn des Schuljahres 1921/22 auf 1. Mai festgesetzt. Für die Schulen mit Oberklassen dauern die Osterferien vom 24. März bis 29. März (einschließlich) die Frühjahrsferien vom 16. April bis 1. Mai, die Pfingstferien am Pfingstsonntag und -montag, die Ferien vom 23. Juli bis 31. August, die Weihnachtsferien 24. Dezember bis 9. Januar. Dazu treten 9 bewegliche schulfreie Tage. Je nach den örtlichen Bedürfnissen soll die Einfügung einer kleinen Herbstferien aus diesen Tagen ermöglicht werden.

\* Jungviehweide Unterschwandorf. Wegen der im Bezirk immer noch verbreiteten Maul- und Klauenseuche kann heuer an die Eröffnung der Jungviehweide Unterschwandorf nicht gedacht werden, weshalb der Ausschuß des Landwirtschaftl. Bezirksbestimmte, die Jungviehweide bis 1.11.21 als Schafweide zu verachten. Bei der vorgestrigen Pachtoverhandlung im „Löwen“ in Unterschwandorf wurden 37 000 Mark erzielt.

Rinderkranz Wildberg. Der Rinderkranz Wildberg hat auf seiner Generalversammlung beschlossen, am 12. Juni d. J. sein 25 bezw. 30 jähriges Jubiläum zu begehen. Obwohl es eine schwere Zeit ist, so dürfte doch ein Sängertag mit Messen fern und so mancher Perle des deutschen Liedes die bedrückten Gemüter erheben. Darum mögen die Sängerkreise in unserer Umgebung kommen, um mitzufestern, einen schönen Sängertag zu schaffen.

§ Der Höhlenmensch. Ein Mann in Wäldheim bei Offenburg am Main konnte keine Wohnung bekommen. Kurz entschlossen baute er sich inmitten einer Wiese eine regelrechte, aus Wohnküche, Diele, Wohn- und Schlafraum und Piegenschiff bestehende Höhlenwohnung von etwa 80 qm Fläche. Das Dach ist mit Brettern verschalt und mit einer dichten dicken Schicht Stroh und Dachpappe abgedeckt. Da nur durch ein Fenster erleuchtet, ist die Wohnung in Halbdunkel gehüllt, aber warm und gut durchlüftet. Der Bewohner der dabei vermutlich Schlangenradenkenntnis angewandert hat, fühlt sich recht wohl in seiner Behausung und macht vielleicht noch Schule. Er wird von zahlreichen Neugierigen besucht.

**Zusammenkunft der Ministerpräsidenten.** Einer Einladung des Reichsfinanzministers anlässlich des Pariser Abkommens zufolge werden sich die Ministerpräsidenten der Länder am 4. Februar nach Berlin begeben.

**Die deutschen Sparkassen im Dezember 1920.** Der gewaltige Zustrom zu den Sparkassen hat sich auch im Dezember fortgesetzt. Es sind wiederum 600 Millionen Mk. zugeflossen. Im ganzen Jahr 1920 haben sich die Einlagen um 6 1/2 Milliarden Mk. vermehrt, gegen 4 1/2 Milliarden i. J. 1919. Auch für Januar 1921 lauten die Nachrichten günstig.

**Warnung.** In letzter Zeit sind verschiedentlich Zeitungsanzeigen ausländischer Zigarettenfabriken und Tabakhändler veröffentlicht worden, in denen Zigaretten den Verbrauchern zum unmittelbaren Bezug aus dem Ausland in Postpaketen angeboten wurden. Die Einfuhr ausländischer Zigaretten ist verboten; sie werden an den Grenzpostämtern beschlagnahmt. Die Verbraucher werden gewarnt, auf derartige Angebote einzugehen, da sie geeignet sind, verbotene Einfuhrhandlungen zu fördern und, soweit sie den Bestand von der vorherigen Bezahlung abhängig machen, Geldverluste herbeizuführen.

**Der Eisenbahnverkehr für Passau-Ort und Ubergang** ist für alle Wagenladungen ohne jede Ausnahme gesperrt. Annahmestelle für Frachtgutwagenladungen nach Stationen der Strecke Köln-Chrenfeld-Achen-Rote Erde und den Seitenstrecken ist aufgehoben.

**Teurer Zucker.** Nach Berliner Blättern soll die Zuckerversteuerung vom 1. April an von 14 auf 100 Mark für den Doppelzentner erhöht werden. Das kann einen teuren Zucker geben.

**Militärische Dienststempel.** Nach einem Erlaß des Reichswehrministeriums hat sich die Fertigstellung der neuen Dienststempel und Dienststempel für die Truppenteile verzögert. Bis auf weiteres sind Abdrücke alter Stempel, worin das Wort „königlich“ durch „preussisch“ ist, noch anzuerkennen.

**Argentinische Wolle.** Nach einer Havosmeldung wird der Ausfuhrzoll auf Wolle und Leder in Argentinien auf die Dauer eines Jahres aufgehoben.

**Calw, 3. Febr. (Unfall.)** Gestern Abend schreuten die Pferde des vor dem „Waldischen Hof“ stehenden Landwärters des Mühlendistrikts Trau von Leinach aus bisher nicht bekannten Gründen und gingen mit dem Wagen durch den Kapellenberg hinauf. Dort gerieten sie in den Graben und überführten sich samt dem Wagen, wobei das eine der Pferde eine schwere Sehnenverletzung am Hinterfuß erhielt, sodass es wahrscheinlich geschlachtet werden muß. G.Z.

**Herb, 3. Febr. (Zum Landjägermord.)** Die Leiche des ermordeten Landjägers Nid wurde gestern nachmittags unter der Teilnahme weiter Kreise zum Bahnhof gebracht, um zur Beerdigung nach Stuttgart übergeführt zu werden. Der Mörder Josef Kog ist immer noch flüchtig. Wenn man den Behauptungen der Landbewohner glauben darf, besitzt er eine unlaubliche Frechheit. Jeden Tag soll er sich zur Mittagsstunde in einem anderen Bezirk einfinden, sich dreist an den Wirtstisch setzen und nach eingenommener Mahlzeit wieder verschwinden. Niemand habe den Mut, ihn anzugreifen oder auch nur der Behörde anzuzügel.

**Stuttgart, 3. Febr. (Lohnbewegung.)** In der württ. Textilindustrie werden von den Arbeitern neue Lohnforderungen erhoben, die bei den Stundenlöhnen für männliche Arbeiter eine Lohnsteigerung von 24-40 Prozent, für weibliche Arbeiter eine solche von 34-40 Prozent, bei den Akkordlöhnen eine weit höhere Lohnsteigerung bedeuten.

**Stuttgart, 3. Febr. (Schlimmer Aberwitz.)** Zwei Söhne hiesiger Arbeiterfamilien ließen sich von einem 19jährigen Schriftsetzerlehrling verleiten, mit ihm nach Mannheim zu fahren und sich schenken für die Fremdenlegation anwerben zu lassen. Mit dem Verbeugel von je 250 Franken wollten sie dann wieder ausreisen. In Mannheim wurde ihnen aber von zwei angeblich den Werben entwichenen jungen Leuten die Sache als sehr gefährlich geschilbert, sodass die Geschwunden den Mut verloren und in die Heimat zurückkehrten.

**Heilbronn, 3. Febr. (Wegen Kartenschlägerei.)** Der hiesigen Staatsanwaltschaft wurden wegen Betrugs einige Kartenschlägerinnen und Wafelagerinnen angezeigt. Trotzdem sollen diese Geschäfte weiterblühen. Die Polizei will deshalb diese Betriebe unter unauffällige Kontrolle stellen, die Kunden anhalten und zur Feststellung ihrer Persönlichkeit auf die Waage verbringen lassen, um sie dem Gericht als Zeugen zu benennen und gegebenenfalls die Namen zu veröffentlichen.

**Stuttgart, 3. Febr. (Kundgebung des Württ. Handelskammertages.)** Die Handelskammer Stuttgart hat im Namen des Württ. Handelskammertages beim Deutschen Industrie- und Handelskongress gegen die ungeschwerlichen, Industrie und Handel des Reichs vernichtenden, wirtschaftlich gänzlich undurchführbaren Gewaltbeschlüsse der Pariser Konferenz scharfen Einspruch erhoben und die Weiterleitung des Protestes an die Reichsregierung beantragt.

**Stuttgart, 3. Febr. (Gebäudebrandversicherung.)** Wie verlautet, wird dem Landtag demnächst ein Beschlusstwurf zugehen, der bei den Brandversicherungsgesellschaften eine Berücksichtigung des gesunkenen Geldwerts ermöglicht. Der Höchstbetrag des von Straßgefängenen in den höheren Strafinsassen (mit Ausnahme der Festungshaft) zu leistenden Unkostenbeitrags wurde auf 1800 Mark für das Jahr erhöht.

Durch Ministerialverordnung ist die Leichenschaugebühr für die erste und zweite Besichtigung auf je 5 Mark, für Letzte auf 10 Mark festgesetzt worden.

**Stuttgart, 3. Febr. (Som Tage.)** Seit einigen Tagen sind an den Briefkästen hier Kellernschilde einer hiesigen Firma angebracht.

**Matschaffessor Dr. Waibelich** wurde zum städtischen Rechtsrat ernannt.

Die neue Zellerschule in der Zellerstraße, in die die Charlotten-Realschule verlegt wird, kann im Herbst bezogen werden. Die Kosten belaufen sich auf rund 7 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der bei den württ. Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte beträgt derzeit 358, einer mehr als im Vorjahr.

Der Beamte Karl Hildenbrand von hier hat 20 000 Mark, die ihm von einem in der Schweiz angestellten Freulein zur Verwaltung anvertraut waren, unterschlagen und in leichtfertigen Leben verbraucht. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Tagen Gefängnis. Ein weiteres Verbrechen wegen des Diebstahls einer Markenlampe im Wert von 60 000 Mark, dessen er dringend verdächtig ist, schwebt noch.

**Marbach, 3. Febr. (Brand.)** In Kirchberg a. N. fanden die Bewohner eines Hauses, durch Brandgeruch aufmerksam gemacht, in der verlassenen Wohnung des Glasers Gleich die Frau in hellen Flammen, das Kind lag am Ofen. Die Frau starb im Bezirkskrankenhaus. Der Fall ist noch nicht aufgeklärt.

**Lauffen a. N., 3. Febr. (Landesverrat.)** Im Rottweiler Landesverratsprozess wurde ein Weinbändler Tochtermann genannt. Es handelt sich um den Wilhelm Tochtermann, nicht um den Weingutsbesitzer und Weingroßhändler zum Klostergut in Lauffen, Paul Tochtermann.

**Münchhausen, 3. Febr. (Die Bluttat.)** In dem Ehebruchdrama erfahren wir weiter, daß dem Siller mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten wurde. Die Tat ist in der Zeit von 12-1/2 Uhr nachts ausgeführt worden. Der rohe Täter und die Frau des Ermordeten verwickeln dann noch bis zum Morgen im selben Zimmer. Um 1/2 7 Uhr stellte sich Kog der Polizei, während die Frau neben dem Ermordeten im Bett liegen blieb. Sie will über den Vorfall nichts Näheres wissen, da sie ohnmächtig geworden sei. Am Dienstag nachmittags ist auch sie in Haft genommen worden.

**Heidenheim, 3. Febr. (Württ. Kattunomanufaktur.)** Die Württ. Kattunmanufaktur beabsichtigt, ihre Aktienkapital von 2 240 000 Mark auf 5 Millionen zu erhöhen. Eine Bankengemeinschaft unter Führung der Darmstädter Bank hat die neuen Aktien zu 140 Prozent übernommen.

**Leutkirch, 3. Febr. (Raubmord?)** In einem Kulturbestand bei Rotengrund, Markung Steinental bei Hancz, wurde das Gerippe eines 25 bis 30jährigen Mannes nebst einigen wenigen Kleidungsstücken gefunden. Zuppe, Weste und Stiefel und sonstige Gegenstände wie Geldbörse oder Uhr fehlten. Der Schädel wies mehrere schwere Verletzungen auf, so daß ein Raubmord, der vor etwa 1 Jahr begangen sein mag, mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

**Handel und Verkehr.**

**Stuttgart, 3. Febr. (Schlachtmärkte.)** Dem Donnerslagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 42 Ochsen, 4 Bullen, 61 Stiere und Jungstiere, 61 Kühe, 145 Kälber, 120 Schweine, 100 Schafe. Bezahlt wurde für 1 Jir. Lebendgewicht bei Ochsen erste Qualität 740-800 Mk., zweite 650-700, Farren erste 710-750, zweite 550-600, Stiere und Jungstiere erste 780-820, Kühe erste 550-600, zweite 400 bis 510, dritte 290-380, Kälber erste 900-980, zweite 820 bis 880, dritte 750-800, Schweine erste 940-1000, zweite 880-900, Hammelfleisch 1000-1150, Schafe 800-1000 Mk. Der Markt war mäßig belebt.

**Bermischtes.**

**Schillerstiftung.** Die Spende des Gesellschaftlichen Vereins in Neugork an die deutsche Schillerstiftung hat die Höhe einer halben Million (Mark?) erreicht. Sie wird durch Vertrauensmänner in Deutschland und Österreich an bedürftige Schriftsteller usw. verteilt werden.

Das italienisch-deutsche Luftschiff „Roma“ ist von der amerikanischen Regierung um 200 000 Dollar angekauft worden.

Die Schiffsverkehr, die in der Pfalz durch schwarze Franzosen eingeschleppt wurde, hat dort bereits 15 Opfer gefordert. Auch in London wurden in der Woche vom 15. bis 22. Januar 21 Fälle festgestellt.

**Wittstockerfest.** In Schernfeld (Bavaria) sind die Kirchenministeranten in den Streik getreten, weil sie zu schlecht bezahlt seien.

**Muß aus dem Schaufenster heraus verkauft werden?** Kürzlich wurde in Berlin ein Kleinhändler vom Schöffengericht mit 50 Mark Geldstrafe belegt, weil er trotz des ausdrücklichen Verlangens eines Kunden einen Gegenstand nicht zum Verkauf aus dem Schaufenster genommen hatte. Der Vorsitzende des Detailistenverbands der Bekleidungsindustrie hat nun das Urteil als einen Festgriff bezeichnet. Nach einheitlicher Rechtsprechung sei in dem Ausstellen von Waren im Schaufenster mit Preisbezeichnungen kein Angebot im Sinne des Par. 145 B.G.B. enthalten, sondern nur die Aufforderung zu einem Geschäftsabschluss. Der Verkäufer sei also nicht verpflichtet, im Schaufenster ausgestellte Waren den Kauflustigen gegen Erlegung des Kaufpreises abzugeben. Die Weigerung stelle allerdings meist ein sittenwidriges Handeln dar, gegen die von Wettbewerbern auf Unterlassung und Schadensersatz Anspruch erhoben werden kann. Jeder vollständige Kaufmann werde auch dann, wenn die Schaufensterdekoration darunter leidet, dem auf seinem Verlangen bestehenden Kunden die Ware aus dem Schaufenster herausgeben. Die Tatbestandsmerkmale einer strafrechtlich zu ahnenden Handlung bzw. Unterlassung sei indes in der Verweigerung nicht ohne weiteres gegeben.

**Frisches Gemüse im Winter.** Sobald die Sonne etwas höher steigt, denkt der Mensch schon wieder an den Genuß von frischem Gemüse, das ja in guten Gemüsehändlungen kaum zu irgend einer Jahreszeit fehlt. Wir können uns aber eine kleine Feinost selbst heranziehen die Presse. Wir füllen sie dicht in ein mit Abzugslöchern versehenes flaches Holzstückchen, stellen es hell und warm auf, und haben nach 8-10 Tagen schon ein Gericht, mit dem wir den Kartoffelsalat zieren und schmackhaft machen können.

**Obst- und Kakaoftaden** entfernt man am sichersten durch sofortiges Auswaschen mit reinem kochendem Wasser ohne Seife, indem man auf die Flächseite das Wasser gießt, nachdem man vorher eine Untertasse unter die Stelle gebracht hat, und nun mit einem kleinen Löffel solange auf dem darüberstehenden Wasser an dem Fled reibt, bis er verschwunden ist.

**Weiße Fensterstreiben** erhält man, indem man dem Wasser etwas Essig zusetzt. Mit dieser Mischung wäscht man die Streiben ab und reibt sie mit einem reinen Tuch oder Leder sorgfältig trocken.

**Zuckerstaub-Explosionen.** Vor einiger Zeit sind in Zuckerfabriken der Rheinpfalz folgenschwere Explosionen vorgekommen, und die traurigen Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die Gefahren, die im Zuckerstaub schlummern können. In der bergisch-sächsischen Versuchsstätte zu Reunirichen a. d. Saar sind daraufhin Versuche über die Entstehung und Verhütung solcher Explosionen vorgenommen worden, und über die interessanten Ergebnisse wird in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure berichtet. Die Versuchsstätte bestand aus einem 25 Meter langen Stollen, der 1,83 Meter hoch, 1,32 breit und an einem Ende offen, am andern durch eine Mauer abgeschlossen war; an dem letzteren Ende befand sich ein eiserner Schiefmüchler. Der Zweck der Versuche war, herauszubekommen, ob die Explosionen auf das Vorhandensein eines fremden Gases im Zuckerstaub zurückzuführen seien. Man fand nun, daß der Staub um so leichter explodiert, je feiner er ist, und daß nicht nur durch die Feinheit des Staubes, sondern auch durch eines nur geringen Feuchtigkeitsgehalt die Entstehung einer Explosion gefördert wird. Man verwendete daraufhin bei den weiteren Versuchen feinsten Staubzucker in ziemlich trockenem Zustand. Elektrisches Bogenslicht, ein Stück Schmiedeeisen von Dunkelrotglut riefen Explosionen hervor. Es gelang mit Hilfe eines Quecksilberthermometers, als unterste Entzündungstemperatur für den Zuckerstaub 425 Grad Celsius zu ermitteln. Alle offenen Flammen bilden daher bereits eine Gefahrquelle; ebenso umlaufende Maschinenteile beim Wärmelaufen. Wenn aber eine gewisse Dichte der Staubwolke erreicht ist, dann kann auch die stärkste Wärmequelle keine Explosionen hervorrufen. Als Sicherungsmaßnahme ergab sich die Forderung, daß Gemische von Luft mit brennbaren Gasen, z. B. Grubengas oder Leuchtgas, unbedingt von Räumen mit Zuckerstaubbildung ferngehalten werden müssen. Umlaufende Maschinenteile müssen durch schlagwetterfichere Einkapselung gegen die Berührung mit dem Staub gesichert werden, elektrische Leitungen sind nur in geschlossenen Rohren oder als Kabel zu legen und Bogenlampen von der Beleuchtung auszuschließen.

**Letzte Nachrichten.**

**W.B. Berlin, 4. Febr.** Nach einer Meldung aus Chemerin verließ im mecklenburgischen Landtag Präsident Köhler im Namen der großen Mehrheit des Hauses eine Erklärung, in der es heißt, daß das deutsche Volk die in Paris geforderte Summe niemals aufbringen könne. Die Zwangsmaßnahmen der Alliierten würden, wenn sie bestehen blieben, zum Ruin der deutschen Wirtschaft und zum Elendtum des deutschen Volkes führen.

In der gestrigen Sitzung des thüringischen Landtags protestierte Staatsminister Dr. Paulsen gegen den untraglichen und widerrechtlichen Charakter der Pariser Forderungen. Der größte Teil des Hauses schloß sich durch den Vizepräsidenten Mehnert dieser Erklärung an, ebenso auch der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen.

**W.B. Bern, 4. Febr.** Der „Berner Bund“ wies gestern abend noch, daß das Pariser Wiedergutmachungsprogramm weit über die Kraft Deutschlands hinausgeht und schreibt u. a., daß die Forderung von 226 Milliarden das deutsche Volkvermögen der Vorkriegszeit übersteigt. In den Verichten der alliierten Sachverständigen sagt das Blatt u. a., daß die zwingende Begründung vermisst werde. Allem Anschein nach habe man eine Reihe von Faktoren, die die deutsche Wirtschaft, insbesondere im letzten Jahr, sehr belastet und damit die deutsche Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt haben, außer Acht gelassen. Die Gesamtquote der Steuerbelastung pro Kopf gestalte sich in Deutschland doch wohlhaft bedenklich und zwar so, daß jede weitere Besteuerung zu ganz untraglichen Zuständen führen müsse. — Die „Berner Tagwacht“ nennt die Zahlen, die dem ausgepöbelten Deutschland auferlegt worden sind, ein Rätsel. Der englische Imperialismus gehe im Grunde genommen mit dem französischen darauf hinaus, Deutschland zum Ausbeutungsjoch und zum Sklaven des Ententekapitalismus zu machen.

**W.B. Rom, 3. Febr.** „Idea Nazionale“ schreibt: Um den Begriff einer Indemnität mit dem von Wilson vertretenen Begriff der Reparation zu vereinen, bemüht sich die Entente seit zwei Jahren Deutschland einen unbezahlbaren Tribut aufzuerlegen. Präzedenzfälle können nur in den Kriegen des antiken Orients gefunden werden, wo der Besiegte gezwungen war für den Sieger zu arbeiten.

Druck und der Verlag W. Neuler'schen Buchverlags Altona. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kaul.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Nach dem heute hier eingekommenen Erlaß der Württ. Landesgetreidekasse vom 26. v. Mts. Nr. 80 ist auf Grund angefallener Forderungen festgestellt worden, daß eine Verfüterung von Gerste an man- und klauenseuchtkranke Tiere nicht notwendig ist. Eine Verfüterung von Gerste darf daher wegen Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide nicht erfolgen.

Soweit den Besitzern erkrankter Tiere gutes Heu oder Stroh und Rüben zur Fütterung zur Verfügung stehen, ist eine Verabreichung von Körnerfutter überhaupt nicht erforderlich. Die Erzeuger von Hafer werden darauf hingewiesen, daß durch die Verfüterung von Hafer, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Ablieferung möglich ist, der gleiche Zweck erreicht wird, wie durch die Verfüterung von Gerste.

Etwasige Versuche um Gewährung von Ausnahmen von dem vorstehenden Gersteverfüterungsverbot müssen auf Anordnung der Landesgetreidekasse ohne Weiteres abgewiesen werden.

Ragold, den 2. Februar 1921. Oberamt: Müng.

### Abgabe von Auslands-Rochmehl 75 %ig.

Auf Einfuhrzukunft II der Brotkarte Januar/Februar ds. Jrs. werden für die Zeit vom 16. Dezember 20/16. Februar 21 durch die Bäder und Mehlhändler an die versorgungsberechtigte Bevölkerung 1200 Gramm Auslands-Rochmehl zu M. 4.60 das Pfund abgegeben.

Ragold, den 3. Februar 1921. Oberamt: Müng.

Die Maul- und Klauenseuche in Schönbrunn ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben. Wegen verfeuchter Nachbargemeinden verbleibt die Gemeinde im Beobachtungsgebiet.

Ragold, den 3. Februar 1921. Oberamt: Müng.

Altensteig.

### Einladung.

Am nächsten Sonntag, den 6. Febr., nachmittags 3 Uhr hält der Krankenunterstützungsverein seine Generalversammlung bei Mitglied Jakob Schwarz, Bäder.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Sieben ist erschienen:

### Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz mit Zubang:

Landessteuergesetz — Gesetz zur Aenderung des Gemeindesteuergesetzes — Verfügung über die Mindesteinkommensteuer — Vollzugsverordnung zum Ausführungsgesetz. Gemeinverständlich erläutert von Wilhelm Reil, Mitglied des Landtags und Reichstags.

Preis M. 3.—

Zu bestellen in der W. Kiefer'schen Buchhandlung Altensteig.

### „DROGEROL“

Ist das Beste für kranke und schwache Tiere, bes. Schweine.

Paket ca. 2 Pfund M. 4.—, 10 Paket M. 35.—.

Nichts anderes nehmen!

Zu haben bei Chr. Burghard jr., Altensteig.



**KOSMOS**  
Gesellschaft der Naturfreunde  
bietet für Jedermann einen  
**billigen und guten**  
Lesestoff  
**Belehrend - Unterhaltend**  
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von  
**nur M. 7.50**  
jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und  
4 gute Bücher erster Schillerverlage  
Anmeldung durch jede Buchhandlung oder  
bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart  
Postkarte kostenlos - Probeheft 50 Pf.



Gerade durch den Salmiak-Gehalt

### Dr. Guntner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver Goldperle

anderen Marken überlegen, weil der Salmiak ein gutes und gleichzeitig mild auf die Wäsche wirkendes Waschmittel ist. Rotstern-Weißsoda ist die beste, weil sie Seife enthält.

## Gesangbücher

in solider Anfertigung

empfiehlt preiswert

die

## W. Kiefer'sche Buchhandlung

Altensteig.

# Preisabbau!

## FLAMMER-SEIFE ist billiger geworden

und ist heute dank ihrer verblüffenden Wasch-Kraft und ihres billigen Preises die

## beste u. billigste Seife

für Wäsche und Haus!

Preis Mk. 4,- das Stück

Altensteig-Dorf.

### Dankagung.

Für die Beweise herzgl. Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter und Großmutter  
**Juliane Maulbetsch**  
erfahren durften, sagen herzlichsten Dank  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
der Sohn: **Friedrich Maulbetsch.**

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.

Der beliebte  
**Rinderthee**  
zur Beruhigung der Kleinen  
ist wieder bei uns zu haben.

In der Krone in Wald-  
dorf stehen 2 Paar starke

Länder-  
schweine

sowie ein 1-jähriges

Zucht-  
Rind

zum Verkauf.

Hornberg.  
Eine zum zweiten Mal  
trächtige, hornlose

Schweizer-Ziege

verkauft

Witwe Koch.  
Altensteig.  
Rauhe  
wieder

Altpapier  
und zahlte die höchsten Tages-  
preise

W. Kohler  
Buchbinder.

**Turnverein  
Altensteig.**  
Sut Heil!  
Samstag Abend 8 Uhr  
**Monatsversammlung**  
im Lokal.  
V. lächliches Erscheinen  
erwartet Der Vorstand.

Altensteig.  
  
**Fste. Kieler  
Bücklinge**  
sind eingetroffen bei  
**Chr. Burghard jr.**  
Bakhof z. Löwen  
Ragold.

Am Sonntag, den  
6. Februar große  
**Tanzunterhaltung**  
unter Mitwirkung der  
Tiroler Kapelle Hohn-  
loser, wozu höflich einladet  
Karlensbarr.  
Anfang 2 30 u. 7.30 Uhr

Altensteig  
Schöne gesunde  
**Speisezwiebel**  
und  
**Knoblauch**  
empfiehlt billigt  
**Fritz Bühler jr.**  
Suche auf 1. März ein  
kräftiges, fleißiges

**Mädchen**  
für Landwirtschaft zu 3 Rähnen  
bei guter Behandlung.  
**Georg Pfau, Calw.**  
Wangenwald.  
Eine 32 Wochen mit dem  
3. Kalb trächtige

**Ruh**   
hat zu verk.  
**Georg Wolf.**  
Nischberg.  
Einen neuen, massiv eichenen  
**Wagen**  
mit 60-70 Hec. Tragkraft  
seht dem Verkauf aus  
**Frey z. Sonne.**

Suche ein kleines  
**Anwesen**  
mit ca. 1-2 Morgen Feld  
dabei für Geflügelzucht ge-  
eignet oder ein passendes  
Grundstück in dieser Größe,  
gegen Barzahlung. Offerten  
an die Geschäftsstelle ds. Bl.  
**Husten, Atemnot,**  
Verstärkung.  
Schreibe allen Leidenden gerne un-  
sonst, womit ich mich von meinem  
Schmerz-Lungenleiden selbst be-  
freie.  
Frau Kürschner, Hannover N. 86  
Oste 11 age 88.  
Auch d. Haut von F. rechten Kräfte,  
offenen Venen sehr gern umf.  
Kuchl. Rückmark erwünscht.

